



Entscheid

Nr. 231 053 vom 9. Januar 2020
in der Sache RAS X / VIII

In Sachen: X

Bestimmter Wohnsitz: Kanzlei von Rechtsanwalt A. ACER
Burgstraat 5, Bfk. 18 B
2060 ANTWERPEN

gegen:

**den belgischen Staat, vertreten durch die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten,
der Volksgesundheit und des Asyls und der Migration.**

DER DIENSTTUENDE PRÄSIDENT DER VIIIe-KAMMER,

Gesehen den Antrag, den X, der erklärt, marokkanischer Staatsangehörigkeit zu sein, am 30. Dezember 2019 per Fax eingereicht hat, um die Aussetzung der Ausführung mit äußerster Dringlichkeit des Beschlusses des Beauftragten der Ministerin der Sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und des Asyls und der Migration vom 20. Dezember 2019 einer Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen mit Festhaltung im Hinblick auf Entfernung beantragt (Anhang 13*septies*).

Unter Berücksichtigung des Titels *Ibis*, Kapitel 2, Abschnitt IV, Unterabschnitt 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

Aufgrund von Artikel 39/82 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

Aufgrund von Titel II Kapitel II des Königlichen Erlasses vom 21. Dezember 2006 zur Festlegung des Verfahrens vor dem Rat für Ausländerstreitsachen.

Gesehen den Schriftsatz mit Anmerkungen und die Verwaltungsakte.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses vom 2. Januar 2020, in dem die Sitzung am 9. Januar 2020 um 11:00 Uhr anberaumt wird.

Gehört den Bericht des Richters für Ausländerstreitsachen F. TAMBORIJN.

Gehört die Anmerkungen der Rechtsanwältin A. HAEGEMAN, die *locum tenens* Rechtsanwalt A. ACER für die antragstellende Partei erscheint, und des Rechtsanwalts M. DUBOIS, der *locum tenens* Rechtsanwältin E. MATTERNE für die beklagte Partei erscheint.

ERLÄSST NACH BERATUNG FOLGENDEN ENTSCHEID:

1. Dienliche Daten zur Beurteilung der Sache

1.1. Der Antragsteller wurde am 18. Dezember 2019 von der Polizei in Eupen bei einer sogenannten „Medusa“ - Operation in der „Aire Walhorner Heide“ entlang der E40 in Raeren angehalten.

1.2. Der Beauftragte der Ministerin der Sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und des Asyls und der

Migration hat am 20. Dezember 2019 eine „Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen mit Festhaltung im Hinblick auf Entfernung (Anlage 13septies)“ beschlossen. Der Antragsteller wurde am selben Tag darüber informiert.

Es handelt sich dabei um den angefochtenen Beschluss, der wie folgt begründet wird:

“ANWEISUNG DAS STAATSGEBIET ZU VERLASSEN MIT FESTHALTUNG IM HINBLICK AUF ENTFERNUNG
Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen

Herr, der erklärt, wie folgt zu heißen:

Name: G.(...), Z.(...)

Vorname: Z.(...)

Geburtsdatum: (...)

Geburtsort: (...)

Staatsangehörigkeit: Marokko

wird angewiesen, das Staatsgebiet Belgiens und das Staatsgebiet der Staaten zu verlassen, die den Schengen-Besitzstand(2) vollständig anwenden, außer wenn er die erforderlichen Dokumente besitzt, um in diese Staaten einzureisen.

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES UND DER TATSACHE, DASS KEINE FRIST EINGERÄUMT WIRD, DAS STAATSGEBIET ZU VERLASSEN:

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt.

Die Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen wird in Anwendung des folgenden Artikels/der folgenden Artikel des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern und auf der Grundlage folgender Sachverhalte und/oder Feststellungen ausgestellt:

Artikel 7 Absatz 1:

1. wenn er im Königreich verbleibt, ohne Inhaber der aufgrund von Artikel 2 des Gesetzes erforderlichen Dokumente zu sein.

Der Betreffende besitzt zum Zeitpunkt seiner Festnahme weder einen gültigen Pass noch ein gültiges Visum.

Der Betreffende ist am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen worden und hat erklärt, weder Familie oder minderjährige Kinder in Belgien noch gesundheitliche Probleme zu haben.

So hat der Beauftragte des Staatssekretärs in seinem Entfernungsbeschluss die Bestimmungen von Artikel 74/13 berücksichtigt.

Artikel 74/14: Grund, aus dem keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde:

Artikel 74/14 § 3 Nr. 1: Es besteht Fluchtgefahr.

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

Rückführung zur Grenze

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt.

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES:

In Anwendung von Artikel 7 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern ist es erforderlich, den Betreffende unverzüglich zur Grenze zurückführen zu lassen,

mit Ausnahme der Grenzen zu den Staaten, die den Schengen-Besitzstand(2) anwenden, und zwar aus folgenden Gründen:

Grund, aus dem keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde:

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

Der Betreffende ist am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen worden und hat keinerlei Gründe angeführt, aus denen er nicht in sein Herkunftsland zurückkehren kann. Er erklärt, bei guter Gesundheit zu sein.

Festhaltung

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES

In Anwendung von Artikel 7 Absatz 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern muss der Betreffende festgehalten werden, da seine Rückführung zur Grenze nicht unmittelbar ausgeführt werden kann, und zwar auf der Grundlage

folgender Sachverhalte:

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

Aufgrund des Vorhergehenden kann geschlussfolgert werden, dass der Betreffende den gegen sie gefassten Verwaltungsbeschlüssen nicht Folge leisten will, und das Risiko besteht, dass er sich den zuständigen Behörden entzieht.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, sie dem Ausländeramt zu überantworten.

Da der Betreffende zum Zeitpunkt seiner Festnahme kein gültiges Reisedokument besitzt, muss er dem Ausländeramt überantwortet werden, damit die nationalen Behörden seines Herkunftslandes einen Reiseschein ausstellen können.

In Ausführung dieser Beschlüsse weist, A.(...) D.(...) M(...). Attaché, Beauftragte Für den Minister für Soziales und Volksgesundheit sowie für Asyl und Migration den Verantwortlichen des geschlossenen Zentrums von Vottem, an, den Betreffenden, G.(...), Z(...), im geschlossenen Zentrum von Vottem inhaftieren zu lassen.

Bezeichnung und Eigenschaft, Datum, Unterschrift und Stempel der Behörde

A.D.(...) M(...), Attaché, Beauftragte Für den Minister für Soziales und Volksgesundheit sowie für Asyl und Migration

Brüssel, den 20.12.2019"

2. Bezuglich der Zulässigkeit

2.1. Der angefochtene Beschluss beinhaltet eine Freiheitsentziehungsmaßnahme im Sinne von Artikel 71 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern (im Folgenden: Ausländergesetz). Dieser Artikel des Gesetzes lautet wie folgt:

„Der Ausländer, der von einer Freiheitsentziehungsmaßnahme betroffen ist, die in Anwendung der Artikel 7, [...] getroffen worden ist, kann Einspruch gegen diese Maßnahme einlegen, indem er einen Antrag vor der Ratskammer des Strafgerichts des Ortes einreicht, an dem er seinen Wohnort im Königreich hat beziehungsweise an dem er vorgefunden wurde.“

2.2. Soweit sich die antragstellende Partei mit ihrem Antrag gegen den Festhaltungsbeschluss richtet, kann Einspruch nur auf der Grundlage des vorgenannten Artikels 71 Absatz 1 des Ausländergesetzes bei der Ratskammer des Strafgerichts ihres Wohnorts eingelegt werden.

Der Antrag ist insofern unzulässig, als sie sich gegen den Beschluss zur Freiheitsentziehung bei fehlender Gerichtsbarkeit richten würde.

3. Zum Antrag auf Aussetzung

3.1. Drei kumulative Bedingungen

Artikel 43 § 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 21. Dezember 2006 zur Festlegung des Verfahrens vor dem Rat für Ausländerstreitsachen (im Folgenden kurz „VO RAS“ für „Verfahrensordnung des Rates für Ausländerstreitsachen“) legt Folgendes fest:

„Wird sich auf einen Fall äußerster Dringlichkeit berufen, enthält der [...] Aussetzungsantrag [...] eine Darlegung des Sachverhalts, der die äußerste Dringlichkeit rechtfertigt.“

Darüber hinaus kann gemäß Artikel 39/82 Artikel 2 Absatz 1 des Ausländergesetzes nur über die Aussetzung der Ausführung eines Verwaltungsrechtsakts beschlossen werden, wenn triftige Gründe geltend gemacht werden, die die Nichtigkeit des angefochtenen Beschlusses rechtfertigen, und unter der Voraussetzung, dass die unmittelbare Ausführung des Akts einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden verursachen kann.

Daraus folgt, dass ein Aussetzungsantrag im Falle äußerster Dringlichkeit nur dann bewilligt werden kann, wenn die drei oben genannten Bedingungen kumulativ erfüllt sind.

3.2. Bezuglich der ersten Bedingung: äußerste Dringlichkeit

3.2.1. Gesetzliche Bestimmung

Artikel 39/82, § 4, zweiter Absatz des Ausländergesetzes sieht Folgendes vor:

„Ist gegen den Ausländer eine Entfernungs- oder Abweisungsmaßnahme gefasst worden, deren Ausführung unmittelbar bevorsteht, insbesondere wenn er an einem in den Artikeln 74/8 und 74/9 erwähnten bestimmten Ort festgehalten oder der Regierung zur Verfügung gestellt wird, und hat er die Aussetzung der erwähnten Entfernungs- oder Abweisungsmaßnahme noch nicht auf gewöhnlichem Wege beantragt, kann er die Aussetzung der Ausführung dieser Maßnahme in äußerster Dringlichkeit in der in Artikel 39/57 § 1 Absatz 3 erwähnten Frist beantragen.“

3.2.2. Anwendung der gesetzlichen Bestimmung

3.2.2.1. In seinem Antrag macht der Antragsteller in Bezug auf die äußerste Dringlichkeit Folgendes geltend:

„Dem Antragsteller wurde seine Freiheit im Hinblick auf eine Entfernung entzogen (Schriftstück 1). Der Antragsteller wurde gleichzeitig darüber informiert, dass er in seine Heimat zurückgeführt werden wird. Es wurde somit eine Entfernungsmaßnahme gegen ihn gefasst, deren Ausführung unmittelbar bevorsteht.

Der Antragsteller beantragt die Aussetzung des angefochtenen Beschlusses aus Gründen äußerster Dringlichkeit, da er derzeit seiner Freiheit beraubt und zum Zweck seiner Rückführung nach Marokko inhaftiert ist.

Dass der angefochtene Beschluss den Antragsteller anweist, das Staatsgebiet zu verlassen mit Festhaltung im Hinblick auf Entfernung; Beschlüsse, die alle am selben Tag getroffen wurden.

Dass dem Antragsteller somit unnötig die Freiheit entzogen wurde, und sich eine äußerst ungerechte Situation ergibt, die mit äußerster Dringlichkeit behoben werden muss.

Dass die Einreichung eines ordentlichen Aussetzungsverfahrens nicht rechtzeitig greifen hätte können und es nicht akzeptabel ist, dass der Antragsteller auf der Grundlage des angefochtenen Beschlusses zurückgehalten wird, sodass der Antragsteller den vorliegenden Antrag mit äußerster Dringlichkeit einreichen musste.

Die Einreichung eines Antrags mit äußerster Dringlichkeit ist das einzige Mittel des Antragstellers, um den angefochtenen Beschluss mit einem wirksamen Rechtsmittel anzufechten.

Es steht daher fest, dass die Aussetzung der Ausführung im ordentlichen Aussetzungsverfahren zu spät und unwirksam sein wird.

Dass der Antragsteller zweifellos auf dem ersten Flug nach Marokko zurückgeführt werden wird.

Die Ausführung des angefochtenen Beschlusses ist daher mit äußerster Dringlichkeit auszusetzen.

Die beklagte Partei kann dies nicht bestreiten.

Die Bedingung der äußersten Dringlichkeit ist somit erfüllt.“

3.2.2.2. Nach den Angaben in der Verwaltungsakte wurde der Antragsteller am 18. Dezember 2019 seiner Freiheit beraubt und in das Zentrum für Illegale in Vottem überführt. Wegen der Festhaltung und der noch nicht vorgesehenen Überstellung im Hinblick auf seine Rückführung an die Grenze ist es wahrscheinlich, dass kein ordentliches Aussetzungsverfahren vor der Ausführung des ersten angefochtenen Beschlusses abgeschlossen werden kann.

3.2.2.3. Die beklagte Partei bestreitet in ihrem Schriftsatz mit Anmerkungen nicht die äußerste Dringlichkeit.
Die Bedingung bezüglich der äußersten Dringlichkeit ist erfüllt.

3.3. Bezuglich der zweiten Bedingung: Schwere der vorgebrachten Mittel

3.3.1. Auslegung dieser Bedingung

Gemäß dem bereits oben angeführten Artikel 39/82 § 2 des Ausländergesetzes kann nur über die Aussetzung der Ausführung eines Verwaltungsrechtsakts beschlossen werden, wenn trifftige Gründe vorgebracht werden, die die Nichtigkeit des angefochtenen Beschlusses rechtfertigen, und wenn durch die unmittelbare Ausführung des angefochtenen Beschlusses einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden entstehen könnte. Nach fester Rechtsprechung des Staatsrates erfordert die Darstellung eines Grundes, dass sowohl die verletzte Rechtsregel oder der verletzte Rechtsgrundsatz bezeichnet wird als auch die Art und Weise, in der diese Rechtsregel oder dieser Rechtsgrundsatz durch die angefochtene Rechtshandlung verletzt wurde (Staatsrat 17. Dezember 2004, Nr. 138.590; Staatsrat 4. Mai 2004, Nr. 130.972; Staatsrat 1. Oktober 2006, Nr. 135.618).

Damit ein Klagegrund trifftig ist, genügt es, dass er prima facie und in Anbetracht des Sachverhalts des Falles für zulässig und begründet erklärt werden und somit zur Nichtigerklärung des angefochtenen Beschlusses führen könnte.

Wenn es aufgrund der Darlegung der Klagegründe für jeden rechtschaffen denkenden Menschen völlig klar ist, dass die antragstellende Partei eine Verletzung einer solchen Bestimmung der Europäischen Menschenrechtskonvention (im Folgenden: EMRK) geltend machen wollte, sollte die Tatsache, dass die antragstellende Partei die Vertragsbestimmung, die seiner Ansicht nach verletzt wurde, genau oder unrichtig erwähnt, keine Schwelle für den Rat darstellen, um nicht zu einer Beurteilung der vertretbaren Beschwerde überzugehen.

Um der Anforderung der Wirksamkeit einer Beschwerde im Sinne von Artikel 13 EMRK zu entsprechen, ist der Rat verpflichtet, im Rahmen des Verfahrens in Fällen äußerster Dringlichkeit jede vertretbare Beschwerde, die die Annahme begründet, dass die Gefahr einer Behandlung besteht, die gegen eines der durch die EMRK garantierten Rechte verstößt, unabhängig und so genau wie möglich zu prüfen, ohne dass dies jedoch zu einem positiven Ergebnis führen muss. Die Tragweite der Verpflichtung, die dem Staat durch Artikel 13 der EMRK auferlegt wird, ist je nach Art der Beschwerde des Antragstellers unterschiedlich (vgl. EGMR 21. Januar 2011, M.S.S./Belgien und Griechenland, §§ 289 und 293; EGMR 5. Februar 2002, Čonka/Belgien, § 75).

Die antragstellende Partei muss in dem Antrag eine vertretbare Beschwerde vorbringen, in der sie plausibel geltend machen kann, dass sie in einem ihrer durch die EMRK garantierten Rechte verletzt worden ist (ständige Rechtsprechung des EGMR: siehe z. B. EGMR 25. März 1983, Silver und Kons./Vereinigtes Königreich, § 113).

In Aussetzungsfällen ist die Prüfung der Trifftigkeit eines Klagegrundes dadurch gekennzeichnet, dass sie prima facie erfolgt. Diese Prima-Facie-Prüfung der von der antragstellenden Partei angeführten vertretbaren Beschwerde, die sich aus der Verletzung eines durch die EMRK garantierten Rechts ergibt, muss, wie oben ausgeführt, mit der Anforderung der Wirksamkeit einer Beschwerde im Sinne von Artikel 13 EMRK und insbesondere mit der Anforderung einer unabhängigen und möglichst genauen Prüfung jeder vertretbaren Beschwerde vereinbar sein. Das bedeutet, dass der Rat, wenn er bei dieser Prima-Facie-Prüfung feststellt, dass Grund zu der Annahme besteht, dass diese Beschwerde trifft ist, oder dass zumindest Zweifel an seinem trifftigen Charakter bestehen, den Einwand in diesem Stadium des Verfahrens als trifftig betrachtet. Denn der Schaden, den der Rat dadurch verursacht, dass er im Stadium der einstweiligen Entscheidung einen Klagegrund nicht als trifftig befindet, der sich später, im letzten Stadium des Verfahrens, doch als begründet erweist, ist größer als der Schaden, den er im gegenteiligen Fall verursacht. Im ersten Fall kann einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden eingetreten sein; im zweiten Fall wird höchstens der angefochtene Beschluss ohne Grund für eine begrenzte Zeit ausgesetzt.

Gemäß Artikel 39/82 § 4 Absatz 4 des Ausländergesetzes nimmt der Rat eine sorgfältige und rigorose Prüfung aller ihm vorliegenden Beweismittel vor, insbesondere der Beweismittel, die Gründe zu der Annahme liefern, die Ausführung des angefochtenen Beschlusses würde den Antragsteller dem Risiko der Verletzung der grundlegenden Menschenrechte aussetzen, für die gemäß Artikel 15 Absatz 2 der EMRK keine Abweichung erlaubt ist.

3.3.2. Anwendung dieser Bedingung

3.3.2.1 In einem einzigen Grund führt der Antragsteller den Verstoß an gegen die Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte und gegen Artikel 74/13 des Ausländergesetzes.

Der Antragsteller macht seine Beschwerde wie folgt geltend:

„Gemäß Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte und Artikel 62 des Ausländergesetzes sind Verwaltungsbeschlüsse sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht zu begründen.“

In den Artikeln 2 und 3 des Gesetzes über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte heißt es, dass der Verwaltungsakt eine ausdrückliche Begründung enthalten muss und dass die faktischen und juristischen Gründe in die Begründung des Aktes aufgenommen werden müssen. Darüber hinaus muss die Begründung angemessen sein.“

So führt Artikel 62 des Ausländergesetzes Folgendes an:

„Verwaltungsbeschlüsse werden mit Gründen versehen. [...]“

Hervorzuheben ist, dass gemäß Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte in der Begründung des Verwaltungsbeschlusses stets ausdrücklich die faktischen und juristischen Grundlagen angegeben werden müssen, sodass die betreffende(n) Person(en) die Gründe kennen, auf die die Verwaltungsbehörde ihren (Ablehnungs-)Beschluss stützt.

Aus der gemeinsamen Lektüre der Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte ergibt sich eindeutig:

- a) *Der Verwaltungsbeschluss muss ausdrücklich begründet werden;*
- b) *Die verlangte (im entsprechenden Verwaltungsbeschluss enthaltene) Begründung besteht aus der Angabe im Akt der faktischen und juristischen Grundlagen des Beschlusses;*

c) Sie muss angemessen sein;

Der Verwaltungsbeschluss ist nur dann angemessen begründet, wenn die vorgebrachte Begründung die Verhältnismäßigkeit des von der Verwaltungsbehörde zu treffenden Beschlusses auf tragfähige Weise berücksichtigt. Eine angemessene Begründung kann also nur dann gegeben sein, wenn die Begründung klar, richtig, sachdienlich, konkret, präzise und vollständig formuliert ist, sodass der Bürger in aller Klarheit beurteilen kann, ob es sinnvoll ist, die getroffene Entscheidung anzufechten oder nicht.

Im vorliegenden Fall ist der angefochtene Beschluss vom 20.12.2019 nicht auf angemessene Weise begründet, da Verwaltungsbeschlüsse nur dann angemessen begründet sein können, wenn die Begründung klar, richtig, sachdienlich, konkret, präzise und vollständig formuliert ist, sodass der Bürger in aller Klarheit beurteilen kann, ob es sinnvoll ist, die getroffene Entscheidung anzufechten oder nicht.

Darüber hinaus erlegt der Sorgfaltsgrundsatz der beklagten Partei die Pflicht auf, Beschlüsse sorgfältig vorzubereiten und sie auf eine korrekte und vollständige Tatsachenfeststellung zu stützen (vgl. RAS-Entscheid Nr. 28.602 vom 11. Juni 2009, Punkt 2.3). Die Sorgfaltspflicht bei der Tatsachenfeststellung verlangt, dass die beklagte Partei erst nach einer ordnungsgemäßen Prüfung des Falles und in Kenntnis aller relevanten Informationen eine Entscheidung treffen darf (vgl. RAS-Entscheid Nr. 28.599 vom 11. Juni 2009, Punkt 2.4). Darüber hinaus steht auch fest, dass der Grundsatz der Angemessenheit es Ihrem Rat erlaubt, den angefochtenen Beschluss für rechtswidrig zu erklären, wenn er gegen jede Angemessenheit verstößt (vgl. RAS-Entscheid Nr. 28.602 vom 11. Juni 2009, Punkt 2.3 in fine und vgl. RAS-Entscheid Nr. 28.599 vom 11. Juni 2009, Punkt 2.4 in fine).

Die Begründung des angefochtenen Beschlusses ist nicht angemessen, wie es das Gesetz über die Begründung der Verwaltungsakte erfordert. Es fehlt an faktischen und juristischen Elementen, die dem Beschluss zugrunde liegen.

Der angefochtene Beschluss enthält keine Begründung für die angeführten Schriftsätze und enthält keine korrekten Gründe, weshalb dem Antragsteller die Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets zugestellt wurde. Die beklagte Partei hat ihren Beschluss hierüber nicht korrekt begründet und zu keinem Zeitpunkt eine Interessenabwägung vorgenommen, die den Beschluss rechtfertigen könnte.

Die beklagte Partei beschränkt sich, indem sie behauptet, dass der Antragsteller nicht im Besitz eines gültigen Visums/Aufenthaltstitels sei. Dass der Beschluss äußerst unzulänglich begründet sei.

Die beklagte Partei hat die Situation des Antragstellers nicht berücksichtigt.

Dass der Beschluss äußerst unzulänglich begründet sei und zudem nicht stimme.

Die beklagte Partei hat den Antragsteller nicht nach seiner persönlichen Situation in Spanien befragt.

Die beklagte Partei selbst hat in keiner Weise versucht, das Privatleben des Antragstellers zu berücksichtigen.

Gemäß Artikel 74/13 des Ausländergesetzes musste sie eine umfassende Prüfung durchführen. Angesichts des Begründungsmangels in Bezug auf die vom Antragsteller angeführten und vorgelegten Beweismittel wurde deutlich gegen die Begründungspflicht verstoßen.

Der angefochtene Beschluss ist daher fehlerhaft.

Folglich wurden die Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die ausführliche Begründung der Verwaltungsakte sowie die Artikel 62 und 8 des Ausländergesetzes verletzt.

Dass es sich infolgedessen um einen triftigen Klagegrund handele.

ANWEISUNG, DAS STAATSGEBIET ZU VERLASSEN OHNE FRIST

FÜR DIE FREIWILLIGE AUSREISE

Der angefochtene Beschluss wird wie folgt begründet:

Artikel 1 Absatz 1 :

1. wenn er im Königreich verbleibt, ohne Inhaber der aufgrund von Artikel 2 erforderlichen Dokumente zu sein;
Artikel 74/14: Artikel 74/14 § 3, Nr. 1: Es besteht Fluchtgefahr

Zum großen Erstaunen des Antragstellers nahmen ihn die Polizeidienste nach einer Kontrolle mit, um ihm eine Anweisung zum Verlassen des Staatsgebiets (Anlage 13septies) ohne Ausführungsfrist zu erteilen. Dadurch kann er zwangsläufig dem Land verwiesen werden.

Normalerweise wäre dem Antragsteller ein Anhang 13 ausgehändigt worden, um das Staatsgebiet innerhalb einer bestimmten Frist freiwillig zu verlassen.

Im vorliegenden Fall wurde dem Antragsteller keine Frist zum freiwilligen Verlassen des Staatsgebiets eingeräumt, da Fluchtgefahr besteht.

Der Antragsteller macht gegen das Fehlen der Frist für die freiwillige Ausreise folgende Klagegründe geltend:

Artikel 74/14 des Ausländergesetzes lautet wie folgt:

§ 1 – In dem Entfernungsbeschluss ist eine Frist von dreißig Tagen vorgesehen, um das Staatsgebiet zu verlassen. Drittstaatsangehörigen, denen es gemäß Artikel 6 nicht erlaubt ist, sich länger als drei Monate im Königreich aufzuhalten, wird eine Frist von sieben bis dreißig Tagen gewährt.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Drittstaatsangehörigen beim Minister oder bei seinem Beauftragten wird die in Absatz 1 erwähnte Frist für das Verlassen des Staatsgebiets verlängert, wenn der Nachweis erbracht wird, dass die freiwillige Rückkehr nicht binnen der vorgegebenen Frist erfolgen kann.

Falls erforderlich kann diese Frist auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Drittstaatsangehörigen beim Minister oder bei seinem Beauftragten verlängert werden, um die besonderen Umstände des Einzelfalls zu

berücksichtigen, wie etwa Aufenthaltsdauer, Vorhandensein schulpflichtiger Kinder, abschließende Schritte bei der Organisation der freiwilligen Ausreise und das Bestehen anderer familiärer und sozialer Bindungen.

Der Minister oder sein Beauftragter setzt den Drittstaatsangehörigen schriftlich in Kenntnis, dass die Frist für die freiwillige Ausreise verlängert wurde.

§ 2 – Solange die Frist für die freiwillige Ausreise läuft, ist der Drittstaatsangehörige vor einer Zwangsentfernung geschützt.

Um eine Flucht während dieser Frist zu vermeiden, können dem Drittstaatsangehörigen präventive Maßnahmen auferlegt werden.

Der König legt diese Maßnahmen durch einen im Ministerrat beratenen Erlass fest.

§ 3 – Von der in § 1 vorgesehenen Frist kann abgewichen werden, wenn:

1. Fluchtgefahr besteht,
2. der Drittstaatsangehörige der auferlegten präventiven Maßnahme nicht nachgekommen ist,
3. der Drittstaatsangehörige eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit darstellt,
4. der Drittstaatsangehörige einem früheren Entfernungsbeschluss binnen der vorgegebenen Frist nicht Folge geleistet hat,
5. dem Aufenthalt des Drittstaatsangehörigen auf dem Staatsgebiet in Anwendung von Artikel 11 § 2 Nr. 4, Artikel 13 § 2bis, § 3 Nr. 3, § 4 Nr. 5, § 5 oder Artikel 18 § 2 ein Ende gesetzt worden ist,
6. der Drittstaatsangehörige mehr als zwei Asylanträge eingereicht hat, es sei denn, sein Antrag enthält neue Elemente.

In diesem Fall ist in dem Entfernungsbeschluss eine Frist von weniger als sieben Tagen oder gar keine Frist vorgesehen.

In dem angefochtenen Beschluss wird festgestellt, dass Fluchtgefahr des Antragstellers besteht. Daher wird er zu Unrecht festgehalten, um an die Grenze zurückgeführt zu werden.

Die dem Antragsteller ausgehändigte Anlage 13septies ist nichtig.

Der Entfernungsbeschluss, der keine Frist für die freiwillige Ausreise vorsieht, ist NICHT angemessen begründet. Angewandt auf den vorliegenden Fall ist nur im Falle der Fluchtgefahr keine Frist für die freiwillige Ausreise einzuräumen. Die beklagte Partei hat u. a. in diesem Punkt gegen das Gesetz verstößen.

In der Begründung wird die Fluchtgefahr wie folgt beschrieben: „Tatsachen oder Verhaltensweisen, die der betreffenden Person zuzuschreiben sind oder ihr zugerechnet werden können und die aufgrund ihrer Art oder Schwere erklären können, warum vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass die betreffende Person eine reale und aktuelle Gefahr darstellt, dass sie sich der für sie getroffenen oder geplanten Entfernungs-, Abweisungs- oder Überführungsmaßnahme entziehen wird.“

Im vorliegenden Fall wird von der beklagten Partei im angefochtenen Beschluss nicht auf Artikel 1 § 2 des Ausländergesetzes verwiesen.

In diesem Sinne liegt auch ein Verstoß vor, da die beklagte Partei diesen Artikel im angefochtenen Beschluss an keiner Stelle erwähnt.

Die von ihr angeführten und als Fluchtgefahr bezeichneten Kriterien sind nicht ausreichend begründet.

Die folgenden Kriterien wurden angeführt:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag eingereicht oder hat seinen Antrag auf internationalen Schutz nicht binnen der im vorliegenden Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende behauptet, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten.

Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt in der gesetzlich vorgesehenen Weise zu regularisieren.

Der Antragsteller befand sich jedoch zum Zeitpunkt seiner Festnahme nur zehn Tage in Belgien, um seine Familie zu besuchen. Folglich ist es logisch, dass er in dieser kurzen Zeit noch keinen gültigen Aufenthaltstitel erhalten konnte.

Darüber hinaus wird in dem Beschluss zu Unrecht behauptet, dass der Antragsteller nicht versucht habe, seinen Aufenthalt seit ihrem Aufenthalt in der gesetzlich vorgesehenen Weise zu regularisieren, quod non.

Der Sorgfaltsgrundsatz verpflichtet die beklagte Partei, ihre Beschlüsse sorgfältig vorzubereiten und auf eine korrekte Tatsachenfeststellung zu stützen. Die Beachtung des Sorgfaltsgrundsatzes bedeutet daher, dass sie sich beim Treffen einer Entscheidung auf alle Informationen in der Akte und alle darin enthaltenen relevanten Schriftstücke stützen muss.

Denn der Sorgfaltsgrundsatz setzt voraus, dass der getroffene Beschluss das Ergebnis einer sorgfältigen und vollständigen Prüfung sein muss und ein Beschluss sein muss, die von jeder anderen vernünftigen Person oder Stelle getroffen werden könnte und die als ein vernünftig verantwortlicher Beschluss angesehen und akzeptiert werden könnte.

Während die beklagte Partei ohne Weiteres beschließt, keine Frist für die freiwillige Ausreise aus dem Staatsgebiet mit Festhaltung zu gewähren, aber den Sorgfaltsgrundsatz NICHT zu respektieren, ohne eine persönliche Prüfung der Situation des Antragstellers vorzunehmen, um festzustellen, ob er überhaupt die Absicht hatte, zu flüchten. Wenn es darum geht, zu beschließen, ob Fluchtgefahr besteht, reicht es nicht aus, dass der Antragsteller eines der Kriterien für das Bestehen einer Fluchtgefahr erfüllt.

Die vorbereitenden Arbeiten zeigen, dass die Ermessensbefugnis der beklagten Partei bezüglich der Beurteilung der Fluchtgefahr stark eingeschränkt wird.

Dies muss konkretisiert und gut untermauert werden, was hier nicht der Fall ist.

Im vorliegenden Fall hat die beklagte Partei Artikel 74/13 § 3, Nr. 1 des Ausländergesetzes angewandt und festgestellt, dass eine Fluchtgefahr des Antragstellers bestand.

Im angefochtenen Beschluss wird nirgendwo eine Rechtsgrundlage (für die in den Rechtsvorschriften festgelegten objektiven Kriterien) genannt.

Die beklagte Partei hat jedoch nirgends die rechtlichen objektiven Kriterien dargelegt, anhand deren diese faktischen Elemente zur Entscheidung über eine Fluchtgefahr herangezogen werden könnten, die im angefochtenen Beschluss aufrechterhalten wird.

Dies stellt einen Verstoß gegen die ausdrückliche Begründungspflicht sowie einen Verstoß gegen Artikel 74/14 § Nr. 1 des Ausländergesetzes in Verbindung mit Artikel 3, 7 der Rückführungsrichtlinie und Artikel 7, 4 der Rückführungsrichtlinie dar. Es ist klar, dass der Antragsteller zu keinem Zeitpunkt einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat, weder in Belgien noch anderswo.

Der angefochtene Beschluss ist also keineswegs sorgfältig und angemessen getroffen worden.

Aus diesem Grund ist der angefochtene Beschluss für nichtig zu erklären.“

Der Antragsteller fügt seiner Antragsschrift eine Registrierung bei der Gemeinde bei, aus der hervorgeht, dass er am 2. Oktober 2019 in Madrid (ES) eingetragen wurde (Antragsschrift, Anlage 2).

3.3.2.2. Der einzige Grund ist unzulässig, soweit der Antragsteller einen Verstoß gegen Artikel 74/13 des Ausländergesetzes anführt, weil er nicht erklärt, wie der angefochtene Beschluss gegen diese gesetzliche Bestimmung verstößt.

3.3.2.3. Die Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung von Verwaltungsakten und im weiteren Sinne Artikel 62 des Ausländergesetzes betreffen die ausdrückliche Begründungspflicht (vgl. Staatsrat 21. Oktober 2003, Nr. 124.464). Die wesentlichste Existenzberechtigung der Begründungspflicht, wie sie durch das Gesetz vom 29. Juli 1991 auferlegt ist, ist, dass der Betreffende im ihn anbelangenden Beschluss selbst die Motive antreffen können muss, aufgrund welcher der getroffen wurde, somit er sich mit Sachkunde entschließen kann, ob es geeignet ist, der Beschluss mittels einer Nichtigkeitsklage zu bestreiten. Die oben genannten Artikel verpflichten die Verwaltungsbehörde im Akt die faktischen und juristischen Grundlagen des Beschlusses anzugeben, und dies in „angemessener“ Weise. (Staatsrat 6. September 2002, Nr. 110.071; Staatsrat 21. Juni 2004, Nr. 132.710).

3.3.2.4. Die angefochtene Entfernungsmaßnahme führt ausdrücklich Artikel 7 Absatz 1 Nr. 1 des Ausländergesetzes als juristische Grundlage an. Die Gesetzesbestimmung lautet wie folgt:

„Unbeschadet günstigerer Bestimmungen eines internationalen Vertrags kann der Minister oder sein Beauftragter oder, in den in Nr. 1, 2, 5, 9, 11 oder 12 erwähnten Fällen, muss der Minister oder sein Beauftragter den Ausländer, dem es weder erlaubt noch gestattet ist, sich länger als drei Monate im Königreich aufzuhalten oder sich dort niederzulassen, anweisen, das Staatsgebiet binnen einer bestimmten Frist zu verlassen:

1. wenn er im Königreich verbleibt, ohne Inhaber der aufgrund von Artikel 2 erforderlichen Dokumente zu sein, [...]“

3.3.2.5. Aus der Verwaltungsakte geht hervor, dass der Antragsteller zum Zeitpunkt seiner Anhaftung nicht im Besitz eines Identitäts- oder Aufenthaltsdokuments war und dass seine personenbezogenen Angaben auf der Grundlage seiner Aussagen ermittelt wurden (Verwaltungsakte, Rapport administratif de contrôle d'un étranger, 18. Dezember 2019).

3.3.2.6 Der Antragsteller macht in seinem Klagegrund geltend, dass der Beschluss keine konkreten Gründe für die Zustellung einer Ausweisung zum Verlassen des Staatsgebietes enthalte, aber er widerlegt nirgends die einschlägige Feststellung des Beauftragten des Ministers, dass „(d)er Betreffende [...] zum Zeitpunkt seiner Festnahme weder einen gültigen Pass noch ein gültiges Visum [besitzt]“. Folglich war der Beauftragte des Ministers in Anwendung des oben genannten Artikels des Gesetzes grundsätzlich verpflichtet, dem Antragsteller eine Anweisung zum Verlassen des Staatsgebietes auszuhändigen.

3.3.2.7. Dem Antragsteller kann bei dem Punkt nicht gefolgt werden, bei dem er behauptet, dass seine

persönliche Situation in Spanien und sein Privatleben nicht berücksichtigt wurden. Aus der Verwaltungsakte geht nämlich hervor, dass der Antragsteller am 18. Dezember 2019 in französischer Sprache angehört wurde. Der Antragsteller erhielt somit Gelegenheit, seinen Standpunkt und seine Anmerkungen zu äußern, wobei er jedoch weder auf ein mögliches Aufenthaltsrecht in Spanien noch auf ein zu begründendes Privatleben Bezug nahm.

3.3.2.8. Hinsichtlich des Fehlens einer Frist für die freiwillige Ausreise wendet der angefochtene Beschluss Artikel 74/14 § 3 Nr. 1 des Ausländergesetzes an. Diese Gesetzesbestimmung schreibt Folgendes vor:

„§ 1 –

In dem Entfernungsbeschluss ist eine Frist von dreißig Tagen vorgesehen, um das Staatsgebiet zu verlassen.

[...]

§ 3 –

Von der in § 1 vorgesehenen Frist kann abgewichen werden, wenn:

10. Fluchtgefahr besteht,

[...]

In diesem Fall ist in dem Entfernungsbeschluss eine Frist von weniger als sieben Tagen oder gar keine Frist vorgesehen.“

3.3.2.9. Aus der Verwaltungsakte geht hervor, dass der Antragsteller zum Zeitpunkt seiner Anhaltung keine gültigen Identitäts- oder Aufenthaltsdokumente vorlegen konnte. In seiner Anhörung erklärte der Antragsteller, dass er sich seit dem 23. April 2019 „comme tourist“ in Belgien aufhalte, und außerdem, dass er in Marokko keine Probleme habe, und er bestätigte, dass er nirgendwo internationalen Schutz beantragt habe und seine Fingerabdrücke nirgendwo genommen worden seien, dass er an keiner Krankheit leide, die ihm die Rückkehr in sein Herkunftsland erschweren würde, und schließlich, dass er in Belgien weder eine dauerhafte Beziehung noch Kinder habe.

3.3.2.10. Der Beauftragte der Ministerin vertrat die Auffassung, dass beim Antragsteller Fluchtgefahr bestehe, weil er sich nach seiner illegalen Einreise in das Staatsgebiet nirgends gemeldet und keinen Versuch zur Regularisierung seines Aufenthalts unternommen habe. Im angefochtenen Beschluss heißt es hierzu Folgendes: „Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr: 1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.“

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.“

Der Antragsteller schafft es mit seinem Klagegrund nicht zu widerlegen, dass er illegal in das Staatsgebiet eingereist ist und keinen Antrag auf Regularisierung seines Aufenthalts gestellt hat. Der Antragsteller behauptet nun zwar, dass er sich nur 10 Tage in Belgien aufgehalten habe, um seine Familie zu besuchen, aber diese aktuellen Behauptungen stimmen in keiner Weise mit den früheren Aussagen des Antragstellers überein. Die Tatsache, dass in der Begründung des angefochtenen Beschlusses kein Verweis auf Artikel 1 § 2 Nr. 1 des Ausländergesetzes enthalten ist, bedeutet nicht, dass der angefochtene Beschluss nicht solide motiviert war. Die Entscheidung, keine Frist für die freiwillige Ausreise zu gewähren, beruht auf der Fluchtgefahr, die sich wiederum auf das Kriterium stützt, dass der Antragsteller, nachdem er illegal eingereist ist, keinen Aufenthaltsantrag gemäß Artikel 1, § 2, Nr. 1 des Ausländergesetzes gestellt hat.

3.3.2.11. Das Dokument, das der Antragsteller seiner Antragsschrift jetzt beifügt (Antragsschrift, Anlage 2), wurde dem Beauftragten des Ministers zuvor nicht vorgelegt, sodass diesem kein Begründungsmangel vorgeworfen werden kann, weil er dieses Schriftstück nicht berücksichtigt hat. Der Rat stellt fest, dass die bloße Tatsache, dass der Antragsteller in der Stadt Madrid in Spanien registriert war, nicht abzuleiten ist, dass er eine gültige Aufenthaltserlaubnis in Spanien besitzt. Wie aus den Angaben hervorgeht, die die beklagte Partei ihrem Schriftsatz mit Anmerkungen beigelegt hat, ist ein „Volante de inscripcion Padronal“ unabhängig vom Aufenthaltsort „Padrón Municipal“ des Betroffenen und kann nicht dem Besitz einer „Permiso de Residencia“ in Spanien gleichgestellt werden (Schriftsatz mit Anmerkungen, Synthesedokument).

3.3.2.12. Der angefochtene Beschluss beruht auf soliden juristischen und faktischen Grundlagen. Es liegt weder eine unsorgfältige Tatsachenfeststellung noch ein Begründungsmangel vor.

Der einzige Grund, soweit er zulässig ist, ist *prima facie* unbegründet und daher nicht trifft.

3.4 Bezuglich der dritten Bedingung: gravierende und schwer wiedergutzumachende Schaden

3.4.1. Über die Auslegung dieser gesetzlichen Bedingung

Gemäß Artikel 39/82 § 2 des Ausländergesetzes kann nur über die Aussetzung der Ausführung eines Verwaltungsrechtsakts beschlossen werden, wenn triftige Gründe vorgebracht werden, die die Nichtigkeit des angefochtenen Beschlusses rechtfertigen, und wenn durch die unmittelbare Ausführung des angefochtenen Beschlusses einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden entstehen kann.

Hinsichtlich der Anforderung, einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden nachzuweisen, darf sich der Antragsteller nicht auf Unklarheiten und Verallgemeinerungen beschränken. Vielmehr muss er äußerst konkrete Daten vorlegen, aus denen hervorgeht, dass er persönlich einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden erleidet oder erleiden kann. Der Rat muss nämlich in der Lage sein, mit hinreichender Genauigkeit zu beurteilen, ob einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden vorliegt, und die beklagte Partei muss sich gegen die vom Antragsteller angeführten Tatsachen und Argumente verteidigen können.

Der Antragsteller muss Angaben machen, aus denen sich einerseits die Schwere des Schadens, den er erleidet oder erleiden könnte, ergibt, was konkret bedeutet, dass er Angaben zu Art und Umfang des zu erwartenden Schadens machen muss, die andererseits darauf hinweisen, dass der Schaden schwer wiedergutzumachen ist. Es ist jedoch zu beachten, dass eine kurze Darlegung als im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 39/82, § 2, erster Absatz des Ausländergesetzes und des Artikels 32, Nr. 2 der VO RAS angesehen werden kann, wenn der gravierende und schwer wiedergutzumachende Schaden offensichtlich ist, d. h., wenn keine vernünftige Person ihn bestreiten kann, und wenn daher die beklagte Partei, deren Anspruch auf rechtliches Gehör auch die vorgenannten Bestimmungen der genannten Gesetze und Verordnungen schützen soll, sofort den damit verbundenen Schaden einsieht und auf die diesbezügliche Darlegung der antragstellenden Partei antworten kann (vgl. Staatsrat 1. Dezember 1992, Nr. 41 247). Dies gilt umso mehr, wenn eine übermäßig restriktive oder formalistische Anwendung dieser Anforderung dazu führen würde, dass der Antragsteller, bei dem der Rat in diesem Stadium des Verfahrens prima facie eine auf die EMRK gestützte, vertretbare Beschwerde festgestellt hat, nicht in der Lage wäre, die nach Artikel 13 der EMRK erforderliche passende Wiedergutmachung erhalten zu können.

Schließlich ist gemäß Artikel 39/82 § 2 Absatz 1 des Ausländergesetzes die Bedingung eines gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schadens erfüllt, wenn ein triftiger Klagegrund auf den grundlegenden Menschenrechten beruht, insbesondere auf den Rechten, von denen nach Artikel 15 Absatz 2 der EMRK keine Abweichung möglich ist (Artikel 2, 3, 4 Absatz 1 und 7 der EMRK).

3.4.2. Beurteilung dieser Bedingung

3.4.2.1 In seinem Antrag führt der Antragsteller folgenden gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden an:

"Dass sich der Antragsteller in Spanien aufhalte.

Aus dem angefochtenen Beschluss geht hervor, dass der Antragsteller nach Marokko zurückgeführt werde, woraus sich ergibt, dass der ernsthafte Nachteil nicht bestritten werden kann.

Der schwer wiedergutzumachende ernsthafte Nachteil ist offenkundig, d. h. er kann von keinem vernünftigen Mensch bestritten werden.

Aus diesen Gründen beantragt die antragstellende Partei mit äußerster Dringlichkeit die Aussetzung und die Nichtigerklärung des angefochtenen Beschlusses."

3.4.2.2. Sofern der Antragsteller nicht nachweist, dass ein „offenkundiger“ Schaden im Sinne des vorstehenden Absatzes vorliegt, muss der Antrag auf Aussetzung eine Darlegung des Sachverhalts enthalten, aus der hervorgeht, dass die unmittelbare Ausführung der angefochtenen Akte dem Antragsteller einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden zufügen könnte. Die antragstellende Partei darf sich nicht auf Unklarheiten und Verallgemeinerungen beschränken, sondern muss im Gegenteil sehr konkrete Informationen vorlegen, aus denen hervorgeht, dass sie persönlich einen gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden erleidet oder erleiden könnte, damit der Rat mit hinreichender Genauigkeit feststellen kann, ob ein solcher Schaden vorliegt, und damit der Beklagte sich in voller Kenntnis der von der antragstellenden Partei geltend gemachten Tatsachen und Argumente verteidigen kann. Dies bedeutet, dass der Antragsteller konkrete und genaue Angaben zu der Art und dem Umfang des Schadens machen muss, der die unmittelbare Ausführung des angefochtenen Beschlusses verursacht (Staatsrat, 23. November 2009, Nr. 198 096; Staatsrat, 3. Juni 2010, Nr. 204 683; Staatsrat, 30. März 2011, Nr. 212 332; Staatsrat, 2. Oktober 2012, Nr. 220 854; Staatsrat, 18. September 2013, Nr. 224 721; Staatsrat, 26. Februar 2014, Nr. 226 564).

3.4.2.3. Der Antragsteller behauptet nun, sich in Spanien aufzuhalten. Zum Zeitpunkt seiner Anhaltung hat der Antragsteller einen Aufenthalt in Spanien jedoch nicht erwähnt. Wie bereits erwähnt, geht aus dem hinterlegten Dokument (Antragsschrift, Anlage 2), das sogar *online* abgerufen werden kann, nicht hervor, dass er in Spanien einen gültigen Aufenthaltstitel hat. Der Rat kann nur feststellen, dass sich der Antragsteller bezüglich seines Aufenthalts in Spanien auf unbegründete Behauptungen beschränkt.

Dort, wo der Antragsteller geltend macht, dass seine Rückführung nach Marokko mit einem gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schaden verbunden wäre, so kann dem Antragsteller nicht zugestimmt werden. Bei seiner mündlichen Anhörung am 18. Dezember 2019 erklärte der Antragsteller nämlich ausdrücklich, „*pas de problème au Maroc*“ zu haben.

Das Vorliegen eines gravierenden und schwer wiedergutzumachenden Schadens des Antragstellers wurde nicht hinreichend nachgewiesen.

Daraus folgt, dass die drei kumulativen Bedingungen für eine Aussetzung in äußerster Dringlichkeit nicht erfüllt sind. Der Antrag auf Aussetzung in äußerster Dringlichkeit muss abgelehnt werden.

4. Kosten

In Anwendung von Artikel 39/68-1 § 5 Absatz 3 und 4 des Ausländergesetzes wird der Beschluss über Gebühren für die Eintragung in die Liste oder über die Befreiung von diesen Gebühren in einem möglichen weiteren Verfahrensstadium getroffen.

AUS DIESEN GRÜNDEN BESCHLIEßT DER RAT FÜR AUSLÄNDERSTREITSACHEN:

Einziger Artikel

Der Aussetzungsantrag in äußerster Dringlichkeit wird abgelehnt.

Also in Brüssel in öffentlicher Sitzung am neunten Januar zweitausendzwanzig verkündet von:

Herrn F. TAMBORIJN, Dienstuender Präsident, Richter für Ausländerstreitsachen

Herrn M. CLAESSEN, beigeordneter Greffier.

Der Greffier, Der Präsident,

M. CLAESSEN F. TAMBORIJN

Arrest

nr. 231 053 van 9 januari 2020
in de zaak RvV X / VIII

In zake: X

Gekozen woonplaats: ten kantore van advocaat A. ACER
Burgstraat 5, bus 18
B – 2060 ANTWERPEN

tegen:

de Belgische staat, vertegenwoordigd door de Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid, en van Asiel en Migratie.

DE WND. VOORZITTER VAN DE VILLE KAMER,

Gezien het verzoekschrift dat X, die verklaart van Marokkaanse nationaliteit te zijn, op 30 december 2019 per faxpost heeft ingediend om bij uiterst dringende noodzakelijkheid de schorsing van de tenuitvoerlegging te vorderen van de beslissing van de gemachtigde van de minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid, en van Asiel en Migratie van 20 december 2019 tot afgifte van een bevel om het grondgebied te verlaten met vasthouding met het oog op verwijdering (bijlage 13septies).

Gezien titel I bis, hoofdstuk 2, afdeling IV, onderafdeling 2, van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.

Gelet op artikel 39/82 van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.

Gelet op titel II, hoofdstuk II van het koninklijk besluit van 21 december 2006 houdende de rechtspleging voor de Raad voor Vreemdelingenbewijzingen.

Gezien de nota met opmerkingen en het administratief dossier.

Gelet op de beschikking van 2 januari 2020, waarbij de terechtzitting wordt bepaald op 9 januari 2020 om 11.00 u.

Gehoord het verslag van rechter in vreemdelingenzaken F. TAMBORIJN.

Gehoord de opmerkingen van advocaat A. HAEGEMAN die *loco* advocaat A. ACER verschijnt voor de verzoekende partij en van advocaat M. DUBOIS, die *loco* advocaat E. MATTERNE verschijnt voor de verwerende partij.

WIJST NA BERAAD HET VOLGENDE ARREST:

1. Nuttige feiten ter beoordeling van de zaak

1.1. Verzoeker werd op 18 december 2019 tijdens een zogeheten 'Medusa'-operatie door de politie van Eupen geïnterpelleerd aan de 'Aire Walhorner Heide' langs de E40 te Raeren.

1.2. De gemachtigde van de Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid, en van Asiel en Migratie trof op 20 december 2019 een beslissing tot afgifte van een "Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen mit Festhaltung im Hinblick auf Entfernung (Anlage 13septies)". Verzoeker werd hiervan diezelfde dag in kennis gesteld.

Dit vormt de bestreden beslissing waarvan de motieven luiden als volgt:

"ANWEISUNG DAS STAATSGEBIET ZU VERLASSEN MIT FESTHALTUNG IM HINBLICK AUF ENTFERNUNG

Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen

Herr, der erklärt, wie folgt zu heißen:

Name: G.(...), Z.(...)

Vorname: Z.(...)

Geburtsdatum: (...)

Geburtsort: (...)

Staatsangehörigkeit: Marokko

wird angewiesen, das Staatsgebiet Belgiens und das Staatsgebiet der Staaten zu verlassen, die den Schengen-Besitzstand(2) vollständig anwenden, außer wenn er die erforderlichen Dokumente besitzt, um in diese Staaten einzureisen.

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES UND DER TATSACHE, DASS KEINE FRIST EINGERÄUMT WIRD, DAS STAATSGEBIET ZU VERLASSEN:

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt.

Die Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen wird in Anwendung des folgenden Artikels/der folgenden Artikel des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern und auf der Grundlage folgender Sachverhalte und/oder Feststellungen ausgestellt:

Artikel 7 Absatz 1:

1. wenn er im Königreich verbleibt, ohne Inhaber der aufgrund von Artikel 2 des Gesetzes erforderlichen Dokumente zu sein.

Der Betreffende besitzt zum Zeitpunkt seiner Festnahme weder einen gültigen Pass noch ein gültiges Visum.

Der Betreffende ist am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen worden und hat erklärt, weder Familie oder minderjährige Kinder in Belgien noch gesundheitliche Probleme zu haben.

So hat der Beauftragte des Staatssekretärs in seinem Entfernungsbeschluss die Bestimmungen von Artikel 74/13 berücksichtigt.

Artikel 74/14: Grund, aus dem keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde:

Artikel 74/14 § 3 Nr. 1: Es besteht Fluchtgefahr.

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

Rückführung zur Grenze

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt.

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES:

In Anwendung von Artikel 7 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern ist es erforderlich, den Betreffende unverzüglich zur Grenze zurückführen zu lassen,

mit Ausnahme der Grenzen zu den Staaten, die den Schengen-Besitzstand(2) anwenden, und zwar aus folgenden Gründen:

Grund, aus dem keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde:

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

Der Betreffende ist am 19.12.2019 von den Diensten der Polizeizone Weiser-Göhl vernommen worden und hat keinerlei Gründe angeführt, aus denen er nicht in sein Herkunftsland zurückkehren kann. Er erklärt, bei guter Gesundheit zu sein.

Festhaltung

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES

In Anwendung von Artikel 7 Absatz 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern muss der Betreffende festgehalten werden, da seine Rückführung zur Grenze nicht unmittelbar ausgeführt werden kann, und zwar auf der Grundlage folgender Sachverhalte:

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

Aufgrund des Vorhergehenden kann geschlussfolgert werden, dass der Betreffende den gegen sie gefassten Verwaltungsbeschlüssen nicht Folge leisten will, und das Risiko besteht, dass er sich den zuständigen Behörden entzieht.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, sie dem Ausländeramt zu überantworten.

Da der Betreffende zum Zeitpunkt seiner Festnahme kein gültiges Reisedokument besitzt, muss er dem Ausländeramt überantwortet werden, damit die nationalen Behörden seines Herkunftslandes einen Reiseschein ausstellen können.

In Ausführung dieser Beschlüsse weist, A.De Maeyer , attaché, Beauftragte Für den Minister für Soziales und Volksgesundheit sowie für Asyl und Migration den Verantwortlichen des geschlossenen Zentrums von Vottem, an, den Betreffende, G.(...), Z.(...), im geschlossenen Zentrum von Vottem inhaftieren zu lassen.

Bezeichnung und Eigenschaft, Datum, Unterschrift und Stempel der Behörde

*A.D.(...) M.(...), attaché, Beauftragte Für den Minister für Soziales und Volksgesundheit sowie für Asyl und Migrationonden
Brüssel, den 20.12.2019"*

2. Over de ontvankelijkheid

2.1. De bestreden beslissing houdt een maatregel van vrijheidsberoving in zoals bedoeld in artikel 71, eerste lid van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (hierna: de vreemdelingenwet). Dit wetsartikel luidt als volgt:

"De vreemdeling die het voorwerp is van een maatregel van vrijheidsberoving genomen met toepassing van de artikelen (...) 7, (...) kan tegen die maatregel beroep instellen door een verzoekschrift neer te leggen bij de Raadkamer van de Correctieele Rechtbank van zijn verblijfplaats in het Rijk of van de plaats waar hij werd aangetroffen."

2.2. Voor zover de verzoekende partij zich met haar vordering richt tegen de beslissing tot vasthouding, staat op grond van voormeld artikel 71, eerste lid van de vreemdelingenwet enkel een beroep open bij de Raadkamer van de Correctieele Rechtbank van haar verblijfplaats.

De vordering is niet ontvankelijk in zoverre zij gericht zou zijn tegen de beslissing tot vrijheidsberoving bij gebrek aan rechtsmacht.

3. Over de vordering tot schorsing

3.1. De drie cumulatieve voorwaarden

Artikel 43, §1, eerste lid van het koninklijk besluit van 21 december 2006 houdende de rechtspleging voor de Raad voor Vreemdelingenbetwistingen (hierna: het PR RvV) bepaalt dat, indien de uiterst dringende noodzakelijkheid wordt aangevoerd, de vordering een uiteenzetting van de feiten dient te bevatten die deze uiterst dringende noodzakelijkheid rechtvaardigen. Verder kan overeenkomstig artikel 39/82, §2, eerste lid van de vreemdelingenwet, slechts tot de schorsing van de tenuitvoerlegging van een administratieve rechtshandeling worden besloten indien er ernstige middelen worden aangevoerd die de vernietiging van de aangevochten beslissing kunnen verantwoorden en op voorwaarde dat de onmiddellijke tenuitvoerlegging van de bestreden beslissing een moeilijk te herstellen ernstig nadeel kan berokkenen.

Uit het voorgaande volgt dat, opdat een vordering tot schorsing bij uiterst dringende noodzakelijkheid kan worden ingewilligd, de drie voornoemde voorwaarden cumulatief moeten zijn vervuld.

3.2. Betreffende de eerste voorwaarde: het uiterst dringende karakter

3.2.1. De wettelijke bepaling

Artikel 39/82, §4, tweede lid van de vreemdelingenwet bepaalt het volgende:

"Indien de vreemdeling het voorwerp is van een verwijderings- of terugdrijvingsmaatregel waarvan de tenuitvoerlegging imminent is, in het bijzonder indien hij is vastgehouden in een welbepaalde plaats zoals bedoeld in de artikelen 74/8 en 74/9 of ter beschikking is gesteld van de regering, en hij nog geen gewone vordering tot schorsing heeft ingeleid tegen de bedoelde verwijderings- of terugdrijvingsmaatregel, kan hij binnen de in artikel 39/57, § 1, derde lid, bedoelde termijn de schorsing van de tenuitvoerlegging van deze maatregel vorderen bij uiterst dringende noodzakelijkheid".

3.2.2. De toepassing van de wettelijke bepaling

3.2.2.1. Verzoeker voert in zijn verzoekschrift met betrekking tot de uiterst dringende noodzakelijkheid het volgende aan:

"Verzoeker is van zijn vrijheid beroofd met het oog op verwijdering (stuk 1). Tevens heeft verzoeker bericht gekregen dat hij zal gerepatrieerd worden. Hij maakt aldus voorwerp uit van een verwijderingsmaatregel waarvan de tenuitvoerlegging imminent is.

Verzoeker vordert de schorsing van de bestreden beslissing bij uiterst dringende noodzakelijkheid aangezien hij momenteel van zijn vrijheid beroofd is en opgesloten zit in de gevangenis teneinde naar Marokko te worden teruggestuurd.

Dat de bestreden beslissing aan verzoeker het bevel geeft het land te verlaten met vasthouding met het oog op verwijdering, beslissingen die allen op dezelfde datum genomen werden.

Dat verzoeker aldus noodloos van zijn vrijheid werd beroofd en er zich een uiterst onrechtvaardige situatie voordoet die uiterst dringend dient rechtgezet te worden.

Dat het indienen van een gewone schorsingsprocedure niet tijdig zou kunnen tussenkomen en het niet aanvaardbaar is dat verzoeker wordt gevangen gehouden op basis van de bestreden beslissing, zodat verzoeker het huidig verzoekschrift in uiterst dringende noodzakelijkheid moet indienen.

Het indienen van een verzoekschrift in uiterst dringende noodzakelijkheid is voor verzoeker het enig middel om tegen de bestreden beslissing een daadwerkelijk rechtsmiddel te kunnen uitoefenen.

Het staat dus vast dat de schorsing van de tenuitvoerlegging volgens de gewone schorsingsprocedure te laat zal komen en niet effectief zal zijn.

Dat verzoeker ongetwijfeld met de eerste vlucht naar Marokko zal gerepatrieerd worden.

De uitvoering van de bestreden beslissing dient dan ook bij uiterste hoogdringendheid geschorst te worden.

Verwerende partij kan dit niet betwisten.

Aan de voorwaarde van het uiterst dringend karakter is bijgevolg voldaan."

3.2.2.2. Uit de gegevens van het administratief dossier blijkt dat verzoeker op 18 december 2019 van zijn vrijheid werd beroofd en werd overgebracht naar het Centrum voor Illegalen te Vottem. Omwille van de vasthouding en de overbrenging met het oog op zijn terugleiding naar de grens, die voorlopig nog niet in het vooruitzicht werd gesteld, is het aannemelijk dat een gewone schorsingsprocedure niet zou kunnen worden afgerond alvorens de gedwongen tenuitvoerlegging van de eerste bestreden beslissing heeft plaatsgevonden.

3.2.2.3. De verwerende partij betwist de uiterst dringende noodzakelijkheid niet in haar nota met opmerkingen.

Aan de voorwaarde met betrekking tot de uiterst dringende noodzakelijkheid is voldaan.

3.3. Betreffende de tweede voorwaarde: de ernst van de aangevoerde middelen

3.3.1. De interpretatie van deze voorwaarde

Overeenkomstig het hierboven reeds vermelde artikel 39/82, § 2 van de vreemdelingenwet kan slechts tot de schorsing van de tenuitvoerlegging worden besloten indien ernstige middelen worden aangevoerd die de vernietiging van de aangevochten beslissing kunnen verantwoorden en indien de onmiddellijke tenuitvoerlegging van de bestreden beslissing een moeilijk te herstellen ernstig nadeel kan berokkenen.

Onder “middel” wordt begrepen de voldoende duidelijke omschrijving van de overtreden rechtsregel en van de wijze waarop die rechtsregel door de bestreden beslissing wordt geschonden (RvS 17 december 2004, nr. 138.590; RvS 4 mei 2004, nr. 130.972; RvS 1 oktober 2006, nr. 135.618).

Opdat een middel ernstig zou zijn, volstaat het dat het op het eerste gezicht, en gelet op de toedracht van de zaak, ontvankelijk en gegrond zou kunnen worden verklaard en derhalve kan leiden tot de nietigverklaring van de bestreden beslissing.

Wanneer op basis van de uiteenzetting van de middelen, het voor ieder weldenkend mens zonder meer duidelijk is, dat de verzoekende partij een schending van een dergelijke bepaling van het EVRM heeft willen aanvoeren, mag het niet nauwkeurig of verkeerd vermelden door de verzoekende partij van de door haar geschonden geachte verdragsbepaling geen drempel zijn voor de Raad om niet over te gaan tot een beoordeling van de verdedigbare grief.

Ten einde in overeenstemming te zijn met de eis van daadwerkelijkheid van een beroep in de zin van artikel 13 van het EVRM, is de Raad in het raam van de procedure bij uiterst dringende noodzakelijkheid gehouden tot een onafhankelijk en zo nauwkeurig mogelijk onderzoek van elke verdedigbare grief op grond waarvan redenen bestaan om te geloven in een risico van behandeling die ingaat tegen een van de rechten gewaarborgd door het EVRM, zonder dat dit evenwel tot een positief resultaat moet leiden. De draagwijdte van de verplichting dat artikel 13 van het EVRM op de Staat doet wegen, varieert volgens de aard van de grief van de verzoekende partij (cf. EHRM 21 januari 2011, M.S.S./België en Griekenland, §§ 289 en 293; EHRM 5 februari 2002, Čonka/ België, § 75).

De verzoekende partij moet in het verzoekschrift een verdedigbare grief aanvoeren, hetgeen inhoudt dat zij op aannemelijke wijze kan aanvoeren dat zij geschaad is in een van haar rechten gewaarborgd door het EVRM (vaste rechtspraak EHRM: zie bv. EHRM 25 maart 1983, Silver en cons./Verenigd Koninkrijk, § 113).

Het onderzoek van het ernstig karakter van een middel kenmerkt zich in schorsingszaken door het prima facie karakter ervan. Dit prima facie onderzoek van de door de verzoekende partij aangevoerde verdedigbare grief afgeleid uit de schending van een recht gewaarborgd in het EVRM, moet, zoals gesteld, verzoenbaar zijn met de eis van daadwerkelijkheid van een beroep in de zin van artikel 13 van het EVRM en inzonderheid met de vereiste tot onafhankelijk en zo nauwkeurig mogelijk onderzoek van elke verdedigbare grief. Dit houdt in dat, indien de Raad bij dit onderzoek op het eerste gezicht vaststelt dat er redenen vorhanden zijn om aan te nemen dat deze grief ernstig is of dat er minstens twijfels zijn over het ernstig karakter ervan, hij in deze stand van het geding het aangevoerde middel als ernstig beschouwt. Immers, de schade die de Raad toebrengt door in de fase van het kort geding een middel niet ernstig te bevinden dat achteraf, in de definitieve fase van het proces toch gegrond blijkt te zijn, is groter dan de schade die hij berokkent in het tegenovergestelde geval. In het eerste geval kan het moeilijk te herstellen ernstig nadeel zich voltrokken hebben, in het tweede geval zal ten hoogste voor een beperkte periode de bestreden beslissing zonder reden geschorst zijn.

De Raad doet overeenkomstig artikel 39/82, §4, vierde lid, van de vreemdelingenwet een zorgvuldig en nauwgezet onderzoek van alle bewijsstukken die hem worden voorgelegd, en inzonderheid die welke van dien aard zijn dat daaruit blijkt dat er redenen zijn om te geloven dat de uitvoering van de bestreden beslissing de verzoeker zou blootstellen aan het risico te worden onderworpen aan de schending van de grondrechten van de mens ten aanzien waarvan geen afwijking mogelijk is uit hoofde van artikel 15, tweede lid, van het EVRM.

3.3.2. De toepassing van deze voorwaarde

3.3.2.1. In een enig middel voert verzoeker de schending aan van de artikelen 2 en 3 van de wet van 29 juli 1991 betreffende de uitdrukkelijke motivering van bestuurshandelingen en van artikel 74/13 van de vreemdelingenwet. Verzoeker formuleert zijn grief als volgt:

"Artikelen 2 en 3 van de Wet Formele Motivering Bestuurshandelingen en artikel 62 van Vreemdelingenwet bepalen dat de administratieve beslissingen zowel in feite als in rechte moeten worden gemotiveerd.

De artikelen 2 en 3 van de Wet Formele Motivering Bestuurshandelingen stellen dat de administratieve handeling uitdrukkelijk dient te worden gemotiveerd en dat in de motivering van de akte de feitelijke en de juridische motivering dienen te worden opgenomen. Bovendien dient de motivering afdoende te zijn.

Zo stipuleert artikel 62 van de Vreemdelingenwet het volgende:

"De administratieve beslissingen worden met redenen omkleed.[...]"

Er moet worden benadrukt dat conform artikelen 2 en 3 Wet Formele Motivering Bestuurshandelingen in de motivering van de administratieve beslissing steeds uitdrukkelijk de feitelijke en de juridische gronden vermeld moeten worden opdat de betrokken perso(o)n(en) kennis zouden hebben van gronden waarop de administratieve overheid zich baseert om een (weigerings)beslissing te nemen.

Uit de samenlezing van de artikelen 2 en 3 van de Wet Formele Motivering Bestuurshandelingen volgt duidelijk dat:

- a) *De administratieve beslissing uitdrukkelijk dient gemotiveerd te worden;*
- b) *In de motivering (opgenomen in de betrokken administratieve beslissingen) zowel de feitelijke als de juridische gronden dienen vermeld te worden;*
- c) *De motivering afdoende dient te zijn;*

De administratieve beslissing is slechts afdoende gemotiveerd wanneer de aangehaalde motieven draagkrachtig zijn rekening houdend met de evenredigheid van de te nemen beslissing door de administratieve overheid. Zo kan er slechts sprake zijn van een afdoende motivering wanneer de motivering duidelijk, juist, pertinent, concreet, precies en volledig geformuleerd wordt zodat de bestuurde in alle duidelijkheid kan oordelen of het al dan niet zinvol is de genomen beslissing aan te vechten.

In casu is de bestreden beslissing dd. 20.12.2019 op een niet-afdoende wijze gemotiveerd, daar administratieve beslissingen slechts afdoende gemotiveerd zijn wanneer de motivering duidelijk, juist, pertinent, concreet, precies en volledig geformuleerd wordt zodat de bestuurde in alle duidelijkheid kan oordelen of het al dan niet zinvol is de genomen beslissing aan te vechten.

Bovendien legt het zorgvuldigheidsbeginsel de verwerende partij de plicht op om beslissingen zorgvuldig voor te bereiden en te stoelen op een correcte en volledige feitenvinding (Cf. R.v.V. arrest n° 28.602 van 11 juni 2009, punt 2.3.). De zorgvuldigheidsplicht bij de feitenvinding vereist dat de verwerende partij slechts na een behoorlijk onderzoek van de zaak en met kennis van alle relevante gegevens een beslissing mag nemen (Cf. R.v.V. arrest n° 28599 van 11 juni 2009, punt 2.4.). Overigens staat ook vast dat het redelijkheidsbeginsel Uw Raad toestaat de bestreden beslissing onwettig te bevinden wanneer het tegen alle redelijkheid ingaat (Cf. Cf. R.v.V. arrest n° 28.602 van 11 juni 2009, punt 2.3. in fine en Cf. R.v.V. arrest n° 28.599 van 11 juni 2009, punt 2.4. in fine).

De motivering van de bestreden beslissing is niet afdoende zoals vereist door de Wet Motivering Bestuurshandelingen. Er ontbreken de werkelijke feitelijke en juridische gegevens die

aan de oorsprong liggen van de beslissing.

De bestreden beslissing is niet gemotiveerd aan de voorgebrachte stukken en bevat geen correcte redenen waarom het bevel om het grondgebied te verlaten aan verzoeker werd betekend.

Verweerster heeft haar beslissing hieromtrent niet correct gemotiveerd en heeft op geen enkel moment een belangenafweging gemaakt die de beslissing zou kunnen verantwoorden.

Verweerster beperkt zich door te stellen dat verzoeker niet in het bezit is van een geldig visum/verblijfstitel.. Dat de beslissing uitermate gebrekig is gemotiveerd.

Verweerster heeft geen rekening gehouden met de situatie van verzoeker.

Dat de beslissing uitermate gebrekig is gemotiveerd en bovendien niet klopt.

Verweerster heeft verzoeker niet gevraagd naar zijn persoonlijke toestand in Spanje.

Verwerende partij heeft zelf helemaal geen poging ondernomen om rekening te houden met het privé leven van verzoeker.

In het kader van artikel 74/13 van de Vreemdelingenwet diende zij een uitgebreid onderzoek te doen.

Gezien het ontbreken van motivering omtrent de aangehaalde en voorgebrachte stukken van verzoeker is de motiveringsplicht duidelijk geschonden.

De bestreden beslissing is dan ook onjuist.

Bijgevolg zijn artikel 2 en 3 van de Wet Motivering Bestuurshandelingen, artikel 62 en 8 van de Vreemdelingenwet geschonden.

Dat het middel bijgevolg ernstig is.

HET BEVEL OM HET GRONDGEBED TE VERLATEN MET DE AFWEZIGHEID VAN EEN TERMIJN VOOR VRIJWILLIG VERTREK

De bestreden beslissing is als volgt gemotiveerd:

Artikel 7, alinea 1 :

1° wanneer hij in het rijk verblijft zonderhouder te zijn van de bij artikel 2 vereiste documenten;

Artikel 74/14 :

artikel 74/14 §3,1°: er bestaat een risico op onderduiken

Tot grote verbazing van verzoeker hebben de politiediensten verzoeker na een controle meegenomen om hem een bevel om het grondgebied te verlaten (bijlage 13 septies) af te leveren zonder uitvoeringstermijn.

Hierdoor kan hij gedwongen het land worden uitgezet.

Normalerwijze zou aan verzoeker een bijlage 13 afgeleverd worden om binnen een bepaalde termijn vrijwillig te vertrekken en bijgevolg het grondgebied te verlaten.

In casu werd aan verzoeker geen termijn verleend om het grondgebied vrijwillig te verlaten omdat er een risico zou bestaan voor onderduiken.

De middelen van verzoeker tegen de afwezigheid van de termijn voor vrijwillig vertrek luiden als volgt:

Artikel 74/14 van de Vreemdelingenwet luidt als volgt:

§ 1. De beslissing tot verwijdering bepaalt een termijn van dertig dagen om het grondgebied te verlaten. Voor de onderdaan van een derde land die overeenkomstig artikel 6 niet gemachtigd is om langer dan drie maanden in het Rijk te verblijven, wordt een termijn van zeven tot dertig dagen toegekend.

Indien de onderdaan van een derde land een gemotiveerd verzoek indient bij de minister of diens gemachtigde, wordt de termijn, vermeld in het eerste lid, en die is toegekend om het grondgebied te verlaten, verlengd, op grond van het bewijs dat de vrijwillige terugkeer niet kan worden gerealiseerd binnen de toegekende termijn.

Zo nodig, kan deze termijn worden verlengd om rekening te houden met de specifieke omstandigheden eigen aan zijn situatie, zoals de duur van het verblijf, het bestaan van schoolgaande kinderen, het afronden van de organisatie van het vrijwillig vertrek en andere familiale en sociale banden, indien de onderdaan van een derde land een gemotiveerd verzoek indient bij de minister of diens gemachtigde.

De minister of zijn gemachtigde deelt de onderdaan van een derde land schriftelijk mee dat de termijn van vrijwillig vertrek is verlengd.

§ 2. Zolang de termijn voor vrijwillig vertrek loopt, is de onderdaan van een derde land beschermd tegen gedwongen verwijdering.

Om het risico op onderduiken tijdens deze termijn te vermijden, kan de onderdaan van een derde land worden verplicht tot het vervullen van preventieve maatregelen.

De Koning bepaalt deze maatregelen, bij een besluit vastgesteld na overleg in de Ministerraad.

§ 3. Er kan worden afgeweken van de termijn bepaald in § 1 indien :

1° er een risico op onderduiken bestaat, of;

2° de onderdaan van een derde land de opgelegde preventieve maatregel niet heeft gerespecteerd, of;

3° de onderdaan van een derde land een gevaar is voor de openbare orde en de nationale veiligheid, of;

4° de onderdaan van een derde land niet binnen de toegekende termijn aan een eerdere beslissing tot verwijdering gevuld heeft gegeven, of;

5° het verblijf op het grondgebied werd beëindigd in toepassing van artikel 11, § 2, 4°, artikel 13, § 2bis, § 3, 3°, § 4, 5°, § 5, of artikel 18, § 2, of;

6° de onderdaan van een derde land meer dan twee asielaanvragen heeft ingediend, behalve indien er nieuwe elementen zijn in zijn aanvraag.

In dit geval bepaalt de beslissing tot verwijdering een termijn van minder dan zeven dagen ofwel geen enkele termijn.

In de bestreden beslissing wordt vermeld dat in hoofde van verzoeker een risico op onderduiken bestaat.

Ten onrechte wordt hij dan ook vastgehouden met terugleiding naar de grens.

De bijlage 13 septies die werd afgeleverd aan verzoeker is nietig.

De beslissing tot verwijdering die geen termijn toestaat voor het vrijwillig vertrek is NIET afdoende gemotiveerd.

Toegepast in huidige zaak dient enkel in geval van een risico op onderduiken geen termijn voor vrijwillig vertrek worden toegestaan. De verwerende partij heeft onder andere met betrekking tot dat punt de wet geschonden.

De memorie van toelichting omschrijft het risico op onderduiken als volgt: "feiten of handelwijzen die aan de betrokkene kunnen worden toegeschreven of die hem kunnen worden verweten en die, omwille van hun aard of hun ernst, kunnen verklaren waarom er redelijkerwijs mag worden aangenomen dat de betrokkene een reëel en actueel risico vormt dat hij zich zal onttrekken aan de verwijderings-, terugdrivings- of overdrachtsmaatregel die ten opzichte van hem genomen of voorzien wordt"

In casu wordt door verwerende partij in de bestreden niet naar artikel 1, §2 van de Vreemdelingenwet verwezen.

In die zin is er ook een schending, aangezien verwerende partij dit artikel negens in de bestreden beslissing vermeldt.

De criteria die zij heeft aangehaald en bestempeld als zijnde een risico op onderduiken zijn niet voldoende gemotiveerd.

De volgende criteria werden aangehaald:

1° Betrokkene heeft na zijn illegale binnenkomst of tijdens zijn illegaal verblijf geen verblijfsaanvraag of verzoek of internationale bescherming ingediend binnen de door de wet voorziene termijn

Betrokkene beweert sinds 23/04/2019 in België te verblijven.

Uit het administratief dossier blijkt niet dat hij zijn verblijf op de wettelijke voorziene manier heeft trachten te regulariseren

Verzoeker is op het ogenblik van zijn aanhouding echter slechts 10 dagen in België, dit om zijn familie te bezoeken. Bijgevolg is het logisch dat hij nog geen geldig verblijfsdocument heeft kunnen bekomen op deze korte periode.

Daarenboven stelt het bevel ten onrechte dat verzoeker sinds haar verblijf niet op een wettelijke voorziene manier haar verblijf heeft trachten te regulariseren, quod non.

Het zorgvuldigheidsbeginsel legt de verwerende partij de verplichting op haar beslissingen op een zorgvuldige wijze voor te bereiden-en te stoelen op een correcte feitenvinding. Het respect voor het zorgvuldigheidsbeginsel houdt derhalve in dat zij bij het nemen van een beslissing moet steunen op alle gegevens van het dossier en op alle daarin vervatte dienstige stukken.

Doordat het zorgvuldigheidsbeginsel veronderstelt dat de genomen beslissing dient voort te spruiten uit een zorgvuldig en volledig onderzoek en een beslissing moet zijn die door ieder ander redelijk denkend mens of orgaan zou kunnen worden genomen en die men als een redelijk verantwoorde beslissing zou kunnen zien en aanvaarden.

Terwijl verwerende partij zomaar besluit om geen termijn te verlenen om het grondgebied vrijwillig te verlaten met vasthouding uit te vaardigen -, NIET te respecteren zonder enig persoonlijk onderzoek te verrichten naar de situatie van verzoeker om na te gaan of hij überhaupt wel degelijk de intentie had om onder te duiken.

Het volstaat niet dat wanneer verzoeker mbt het risico tot onderduiken voldoet aan één van de criteria om te besluiten dat er risico op onderduiken bestaat.

De voorbereidende werken tonen dat de discretionaire bevoegdheid van verwerende partij mbt de beoordeling van het risico op onderduiken sterk beperkt wordt.

Eén en ander dient geconcretiseerd en sterk onderbouwd worden, wat in casu niet het geval is.

In casu heeft de verwerende partij toepassing gemaakt van artikel 74/13, §3, 1°, van de Vreemdelingenwet en geoordeeld dat er in hoofde van de verzoekende partij een risico op onderduiken bestaat.

In de bestreden beslissing wordt nergens een rechtsgrondslag (voor de objectieve criteria die in de wetgeving zijn opgenomen) vermeld.

Door de verwerende partij werd echter nergens uiteengezet op basis van welke wettelijke objectieve criteria deze feitelijke elementen kunnen gebruikt worden om te besluiten tot een risico op onderduiken, dat in de bestreden beslissing wordt weerhouden.

Dit vormt een schending van de formele motiveringsplicht, evenals een schending van artikel 74/14, §, 1° Vreemdelingenwet samen gelezen met artikel 3, 7 Terugkeerrichtlijn en artikel 7, 4 Terugkeerrichtlijn.

Het moge duidelijk zijn dat verzoeker op geen enkel ogenblik een verzoek om internationale bescherming heeft ingediend, noch in België noch elders.

Zodat de bestreden beslissing geenszins op een zorgvuldige en redelijke wijze werd genomen. Om deze reden dient de bestreden beslissing vernietigd te worden.”

Als bijlage bij zijn verzoekschrift voegt verzoeker een gemeentelijke registratie waaruit blijkt dat hij op 2 oktober 2019 in Madrid (ES) werd ingeschreven (Verzoekschrift, bijlage 2).

3.3.2.2. Het enig middel is niet ontvankelijk in zoverre verzoeker daarin de schending aanvoert van artikel 74/13 van de vreemdelingenwet aangezien hij verzuimt uiteen te zetten op welke wijze de bestreden beslissing deze wetsbepaling zou schenden.

3.3.2.3. De artikelen 2 en 3 van de wet van 29 juli 1991 betreffende de uitdrukkelijke motivering van de bestuurshandelingen en bij uitbreiding artikel 62 van de vreemdelingenwet hebben betrekking op de formele motiveringsplicht (*cf. RvS 21 oktober 2003, nr. 124.464*). Deze heeft tot doel de bestuurde in kennis te stellen van de redenen waarom de administratieve overheid haar beslissing heeft genomen, zodat hij kan beoordelen of er aanleiding toe bestaat de beroepen in te stellen waarover hij beschikt. Voornoemde artikelen verplichten de overheid in de akte de juridische en feitelijke overwegingen op te nemen die aan de beslissing ten grondslag liggen en dit op een afdoende wijze (RvS 6 september 2002, nr. 110.071; RvS 21 juni 2004, nr. 132.710).

3.3.2.4. De bestreden verwijderingsmaatregel vermeldt uitdrukkelijk de artikel 7, eerste lid, 1° van de vreemdelingenwet als zijn juridische grondslag. Deze wetsbepaling luidt als volgt:

“Onverminderd meer voordelijke bepalingen vervat in een internationaal verdrag, kan de minister of zijn gemachtigde of, in de in 1°, 2°, 5°, 9°, 11° of 12° bedoelde gevallen, moet de minister of zijn gemachtigde een bevel om het grondgebied binnen een bepaalde termijn te verlaten afgeven aan de vreemdeling die noch gemachtigd noch toegelaten is tot een verblijf van meer dan drie maanden in het Rijk of om er zich te vestigen :

1° wanneer hij in het Rijk verblijft zonder houder te zijn van de bij artikel 2 vereiste documenten; (...)

3.3.2.5. Uit het administratief dossier blijkt dat verzoeker ter gelegenheid van zijn interpellatie niet in het bezit was van enig identiteits- of verblijfsdocument en dat zijn persoonsgegevens op basis van zijn verklaringen werden vastgesteld (AD, Rapport administratif de contrôle d'un étranger, 18 december 2019).

3.3.2.6 Verzoeker betoogt in zijn middel dat de beslissing geen concrete redenen zou bevatten waarom hem een bevel om het grondgebied te verlaten werd betekend, maar hij weerlegt nergens de pertinente vaststelling van de gemachtigde van de minister dat “*(d)er Betreffende (...) zum Zeitpunkt seiner Festnahme weder einen gültigen Pass noch ein gültiges Visum (besitzt)*”. De gemachtigde van de minister was bijgevolg in toepassing van bovenvermeld wetsartikel in beginsel verplicht om aan verzoeker een bevel om het grondgebied af te leveren.

3.3.2.7. Verzoeker kan niet worden gevolgda waar hij stelt dat niet zou zijn gevraagd naar zijn persoonlijke toestand in Spanje en geen rekening werd gehouden met zijn privé-leven. Uit het administratief dossier blijkt immers dat verzoeker op 18 december 2019 in de Franse taal werd gehoord. Verzoeker kreeg dus de mogelijkheid om zijn standpunt en zijn opmerkingen kenbaar te maken, maar hij maakte nergens gewag van een eventueel verblijfsrecht in Spanje, noch van een privé-leven waaromtrent zou moeten worden gemotiveerd.

3.3.2.8. Aangaande de afwezigheid van een termijn voor vrijwillig vertrek wordt in de bestreden beslissing toepassing gemaakt van artikel 74/14, §3, 1° van de vreemdelingenwet. Deze wetsbepaling schrijft het volgende voor:

“§ 1.

De beslissing tot verwijdering bepaalt een termijn van dertig dagen om het grondgebied te verlaten.

(...)

§ 3.

Er kan worden afgeweken van de termijn bepaald in § 1 indien:

1° er een risico op onderduiken bestaat, of;

(...)

In dit geval bepaalt de beslissing tot verwijdering een termijn van minder dan zeven dagen ofwel geen enkele termijn.”

3.3.2.9. Uit het administratief dossier blijkt dat verzoeker op het moment van zijn interpellatie geen geldige identiteits- of verblijfsdocumenten kon voorleggen. Verzoeker verklaarde bij zijn gehoor dat hij sedert 23 april 2019 “*comme tourist*” in België verbleven te hebben, en, stelde ook dat hij geen problemen kende in Marokko, bevestigde dat hij nergens een verzoek om internationale bescherming had ingediend en zijn vingerafdrukken nergens werden genomen, dat hij niet leed aan een ziekte die de terugkeer naar zijn land van herkomst zou bemoeilijken en zei tenslotte geen duurzame relatie of kinderen te hebben in België.

3.3.2.10. De gemachtigde van de minister overwoog dat er bij verzoeker sprake is van een risico op onderduiken omdat hij zich na zijn illegale inreis op het grondgebied nergens had aangemeld en geen enkele poging heeft ondernomen om zijn verblijf te regulariseren. In de bestreden beslissing wordt hieromtrent het volgende gesteld: “*Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr: 1. Der Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt. Der Betreffende gibt an, sich seit dem 23.04.2019 in Belgien aufzuhalten. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.*”

3.3.2.11. Verzoeker slaagt er in zijn middel niet in te weerleggen dat hij het grondgebied illegaal is binnengekomen en geen enkele aanvraag heeft ingediend om zijn verblijf te regulariseren. Verzoeker beweert thans weliswaar dat hij slechts 10 dagen in België verbleven zou hebben om zijn familie te bezoeken, maar deze huidige beweringen stemmen geenszins overeen met verzoekers eerdere verklaringen. Het gegeven dat in de motieven van de bestreden beslissing de verwijzing naar artikel 1, §2, 1° van de vreemdelingenwet niet is opgenomen, betekent niet dat de bestreden beslissing niet deugdelijk zou zijn gemotiveerd. De beslissing om geen termijn voor vrijwillig vertrek toe te staan is immers gebaseerd op een risico op onderduiken dat op zijn beurt gestoeld is op het criterium dat verzoeker na zijn illegale binnenkomst of geen verblijfsaanvraag ingediend zoals bedoeld in artikel 1, §2, 1° van de vreemdelingenwet.

3.3.2.12. Het document dat verzoeker thans als bijlage bij zijn verzoekschrift voegt (Verzoekschrift, bijlage 2) werd niet eerder aan de gemachtigde van de minister voorgelegd, waardoor deze laatste geen motiveringsgebrek kan worden verweten doordat met dit stuk geen rekening werd gehouden. Ten overvloede merkt de Raad op dat uit het enkele gegeven dat verzoeker in de stad Madrid in Spanje werd geregistreerd niet worden afgeleid dat hij over een geldige verblijfstitel in Spanje zou beschikken. Zoals blijkt uit de informatie die door de verwerende partij bij haar nota met opmerkingen werd gevoegd, is een ‘Volante de inscripcion Padronal’ vanwege de ‘Padrón Municipal’ onafhankelijk van de verblijfstitel van de betrokkenen en kan deze niet worden gelijkgesteld met het bezit van een ‘Permiso de Residencia’ in Spanje (Nota met Opmerkingen, synthesedocument).

3.3.2.13. De bestreden beslissing steunt op deugdelijke juridische en feitelijke overwegingen. Er is geen sprake van een onzorgvuldige feitenvinding of van een motiveringsgebrek.

Het enig middel is, voor zover ontvankelijk, *prima facie* ongegrond en bijgevolg niet ernstig.

3.4. Betreffende de derde voorwaarde: het moeilijk te herstellen ernstig nadeel

3.4.1. Over de interpretatie van deze wettelijke voorwaarde

Overeenkomstig artikel 39/82, § 2 van de vreemdelingenwet kan slechts tot de schorsing van de tenuitvoerlegging worden besloten indien er ernstige middelen worden aangevoerd die de vernietiging van de aangevochten beslissing kunnen verantwoorden en indien de onmiddellijke tenuitvoerlegging van de bestreden beslissing een moeilijk te herstellen ernstig nadeel kan berokkenen.

Wat de vereiste betreft dat een moeilijk te herstellen ernstig nadeel dient te worden aangetoond, mag de verzoekende partij zich niet beperken tot vaagheden en algemeenheden. Ze dient integendeel zeer concrete gegevens aan te voeren waaruit blijkt dat zij persoonlijk een moeilijk te herstellen ernstig nadeel ondergaat of kan ondergaan. Het moet voor de Raad immers mogelijk zijn om met voldoende precisie in te schatten of er al dan niet een moeilijk te herstellen ernstig nadeel vorhanden is en het moet voor verwerende partij mogelijk zijn om zich tegen de door verzoekende partij aangehaalde feiten en argumenten te verdedigen.

Verzoekende partij dient gegevens aan te voeren die enerzijds wijzen op de ernst van het nadeel dat zij ondergaat of kan ondergaan, hetgeen concreet betekent dat zij aanduidingen moet geven omtrent de aard en de omvang van het te verwachten nadeel, en die anderzijds wijzen op de moeilijke herstelbaarheid van het nadeel.

Er dient evenwel te worden opgemerkt dat een summiere uiteenzetting kan worden geacht in overeenstemming te zijn met de bepalingen van artikel 39/82, §2, eerste lid van de vreemdelingenwet en van artikel 32, 2° van het PR RvV, indien het moeilijk te herstellen ernstig nadeel evident is, dat wil zeggen wanneer geen redelijk denkend mens het kan betwisten en dus ook, wanneer de verwerende partij, wier recht op tegenspraak de voormalde wets- en verordningsbepalingen mede beogen te vrijwaren, onmiddellijk inzet om welk nadeel het gaat en zij wat dat betreft de uiteenzetting van de verzoekende partij kan beantwoorden (cf. RvS 1 december 1992, nr. 41 247). Dit geldt des te meer indien de toepassing van deze vereiste op een overdreven restrictieve of formalistische wijze tot gevolg zou hebben dat de verzoekende partij, in hoofde van wie de Raad in deze stand van het geding prima facie een verdedigbare grief gegrond op het EVRM heeft vastgesteld, niet het op grond van artikel 13 van het EVRM vereiste passende herstel kan verkrijgen.

De voorwaarde inzake het moeilijk te herstellen ernstig nadeel is ten slotte conform artikel 39/82, §2, eerste lid, van de vreemdelingenwet vervuld indien een ernstig middel werd aangevoerd gesteund op de grondrechten van de mens, in het bijzonder de rechten ten aanzien waarvan geen afwijking mogelijk is uit hoofde van artikel 15, tweede lid, van het EVRM (artikelen 2,3,4, eerste lid en 7 van het EVRM).

3.4.2. De beoordeling van deze voorwaarde

3.4.2.1. In het verzoekschrift voert verzoeker het volgende aan betreffende het moeilijk te herstellen ernstig nadeel:

“Dat verzoeker in Spanje verblijft.

Uit de bestreden beslissing blijkt dat verzoeker naar Marokko zal gerepatrieerd worden, waaruit volgt dat het ernstig nadeel niet kan betwist worden.

Het moeilijk te herstellen ernstig nadeel is evident, d.w.z. dat geen redelijk mens het kan betwisten.

Om deze redenen vraagt de verzoekende partij de schorsing in uiterst dringende noodzakelijkheid en de nietigverklaring van de bestreden beslissing.”

3.4.2.2. Tenzij de verzoekende partij het bestaan van een ‘evident’ nadeel, zoals hierboven bedoeld, aannemelijk maakt, dient de vordering tot schorsing een uiteenzetting te bevatten van de feiten die kunnen aantonen dat de onmiddellijke tenuitvoerlegging van de aangevochten akte de verzoekende partij een moeilijk te herstellen ernstig nadeel kan berokkenen. De verzoekende partij mag zich niet beperken tot vaagheden en algemeenheden, maar moet integendeel zeer concrete gegevens overleggen waaruit blijkt dat zij persoonlijk een moeilijk te herstellen ernstig nadeel ondergaat of kan ondergaan, zodat de Raad met voldoende precisie kan nagaan of er al dan niet een dergelijk nadeel vorhanden is en het voor de verwerende partij mogelijk is om zich met kennis van zaken tegen de door de verzoekende partij aangehaalde feiten en argumenten te verdedigen. Dit houdt in dat de verzoekende partij concrete en precieze aanduidingen moet verschaffen omtrent de aard en de omvang van het nadeel dat de onmiddellijke tenuitvoerlegging van de aangevochten beslissing veroorzaakt (RvS 23 november 2009, nr. 198 096; RvS 3 juni 2010, nr. 204 683; RvS 30 maart 2011, nr. 212 332; RvS 2 oktober 2012, nr. 220 854; RvS 18 september 2013, nr. 224 721; RvS, 26 februari 2014, nr. 226 564).

3.4.2.3. Verzoeker betoogt thans in Spanje te verblijven. Verzoeker heeft echter op het ogenblik van zijn interpellatie geen gewag gemaakt van een verblijf in Spanje. Zoals hierboven reeds gesteld, toont het neergelegde document (Verzoekschrift, bijlage 2), dat zelfs *online* kan worden opgevraagd, niet aan dat hij in Spanje over een geldige verblijfstitel zou beschikken. De Raad kan enkel vaststellen dat verzoeker zich met betrekking tot zijn verblijf in Spanje beperkt tot ongestaafde beweringen.

Waar verzoeker poneert dat zijn repatriëring naar Marokko een moeilijk te herstellen nadeel zou inhouden, kan verzoeker niet worden bijgetreden. Bij zijn gehoor op 18 december 2019 verklaarde verzoeker immers uitdrukkelijk *“pas de problème au Maroc”* te hebben.

Het bestaan van een moeilijk te herstellen ernstig nadeel in hoofde van verzoeker werd niet op afdoende wijze aangetoond.

Uit wat voorafgaat volgt dat niet voldaan is aan de drie cumulatieve voorwaarden om over te gaan tot schorsing bij uiterst dringende noodzakelijkheid. De vordering tot schorsing bij uiterst dringende noodzakelijkheid dient te worden afgewezen.

4. Kosten

Met toepassing van artikel 39/68-1, §5, derde en vierde lid van de vreemdelingenwet zal de beslissing over het rolrecht of over de vrijstelling ervan, in een mogelijke verdere fase van het geding worden getroffen.

OM DIE REDENEN BESLUIT DE RAAD VOOR VREEMDELINGENBETWISTINGEN:

Enig artikel

De vordering tot schorsing bij uiterst dringende noodzakelijkheid wordt verworpen.

Aldus te Brussel uitgesproken in openbare terechting op negen januari tweeduizend twintig door:

dhr. F. TAMBORIJN,
vreemdelingenzaken, wnd. voorzitter, rechter in

dhr. M. CLAESEN, toegevoegd griffier.

dhr. M. CLAESEN, toegevoegd griffier.

De griffier De voorzitter